



Kristine Schmidt-Köpf zur Initiative KulturProzent bzw. dem Antrag „Chancenkapital Kultur“ der SPD-Fraktion in der Kulturausschusssitzung am 26.02.2008:

Bedarf der Bildenden Künstlerinnen und Künstler Dresdens:

In der Stadt Dresden und ihrer Umgebung leben schätzungsweise 600 freiberuflich arbeitende Bildende Künstlerinnen und Künstler Dresdens. Wirtschaftlich stehen die Bildenden Künstlerinnen und Künstler unabhängig von der Qualität ihrer Arbeit oftmals schlecht da. Projektförderung durch die öffentliche Hand ist daher eine wichtige Unterstützung bei der Freiberuflichkeit. Es liegt auf der Hand, dass vergleichsweise wenige der vielen Künstlerinnen und Künstler von dem bisherigen Projektfördertopf der Stadt Dresden einmalig oder gar mehrmalig profitieren können. Der Bedarf nach mehr Projektförderung und auch einer vereinfachten Verfahrensweise wäre also wichtig für viele Bildende Künstlerinnen und Künstler Dresdens. Insofern ist die Initiative „Kulturprozent“ von ihrem Ansatz her, dass mehr Fördermittel eingestellt werden sollten, zu begrüßen.

Aus Sicht des Künstlerbundes Dresden e.V.:

Der Künstlerbund Dresden e.V., der ca. 440 der freiberuflich arbeitenden Bildenden Künstlerinnen und Künstler Dresdens vereint, ist in der glücklichen Lage, seit 1995 von der Stadt Dresden institutionell gefördert zu werden. Diese Förderung ist seit 2004 stabil geblieben. Der Verzicht eines Prozents der Förderung für den Künstlerbund Dresden e.V. wäre gegenwärtig und solange Kürzungen nicht zu befürchten sind, zu verkraften. Allerdings ist es aus Sicht des Künstlerbundes Dresden e.V. falsch, den Mehrbedarf an Fördermitteln durch eine Umverteilung der vorhandenen Mittel im Kulturretat zu erreichen. Es wäre eine fatale Botschaft an diejenigen, die der Ansicht sind, dass Kultur erst dann dran sei, wenn alle anderen Ressorts finanziell ausgestattet sind. Unbedingt muss weiter dafür gekämpft werden, dass die Kultur aus dem Gesamthaushalt angemessen finanziert wird und im Zweifel die anderen Ressorts dafür vergleichsweise geringe Kürzungen verschmerzen müssen.

Konkreter Vorschlag:

Die Richtlinie der Landeshauptstadt Dresden über Kunst im öffentlichen Raum vom 25. Mai 2000 sieht aus guten Gründen vor, dass mindestens 1% des jährlichen Hochbauetats für Kunst im öffentlichen Raum zur Verfügung gestellt wird. Diese Richtlinie ist bislang nicht umgesetzt worden. Stattdessen werden dieses Jahr, wie schon im Jahr zuvor, 100.000,- Euro aus dem Etat des Kulturamts für Kunst im öffentlichen Raum zur Verfügung gestellt. Der Künstlerbund Dresden fordert die konsequente Umsetzung der Richtlinie Kunst im öffentlichen Raum, so dass das frei werdende Geld im Kulturhaushalt für den Mehrbedarf an Fördermitteln verwendet werden kann.

Aus Sicht eines Mitgliedes der Projektgruppe Bildende Kunst im Kulturamt:

Die konkrete Umsetzung der Vorschläge der Initiative Kulturprozent bzw. des Antrags der SPD-Fraktion – unabhängig davon, woher das Geld dafür herkommt – ist noch sehr vage:

- Anträge und Jury werden auch bei dem vereinfachten Verfahren vorgesehen. Wo genau ist der Unterschied zu den gegebenen Verfahrensweisen vorgesehen, wo genau liegt die Vereinfachung?
- Wie möchte man vermeiden, dass die Projekte, die aus Qualitätsgründen abgelehnt wurden, durch den neuen Projektfördertopf gefördert werden und somit die nach bestem Wissen und Gewissen durchgeführte Arbeit der Projektgruppen konterkariert und quasi überflüssig wird?
- Der Bürokratieaufwand für das Kulturamt, den die Förderhandhabung mit sich bringt ist, wie zu beobachten ist, bereits immens. Wird für neue Antragsmöglichkeiten und Jurys auch daran gedacht, dass das Kulturamt personelle Unterstützung erhält?